

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 198. Ratssitzung vom 11. Dezember 2013**

### **4564. 2013/309**

#### **Weisung vom 11.09.2013:**

#### **Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Produktegruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Novemberbrief vom 06.11.2013
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 25.11.2013
- Anträge der RPK vom 25.11.2013, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Roger Liebi (SVP) Stellung.

**Roger Liebi (SVP):** Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 231 Millionen Franken vor. Gegenüber dem Budget 2013 steigt der Gesamtaufwand um 154 Millionen Franken. Ausgehend von der Rechnung 2012, dem voraussichtlichen Defizit 2013 und dem vom Stadtrat budgetierten Defizit 2014 wird das Eigenkapital der Stadt von 723 Millionen Franken auf 393 bis 373 Millionen Franken sinken. Würde man die Schuld gegenüber der Pensionskasse dazurechnen, wäre das Eigenkapital fast aufgebraucht. Der Personalaufwand steigt weiterhin an, insbesondere durch Steigerung der Personalstellenwerte in den Bereichen Gesundheitswesen und Schulamt. Der Sachaufwand steigt um 1,7 Milliarden Franken. Die geplanten Investitionen liegen im Vergleich zur Rechnung 2012 um 410 Millionen Franken höher, gegenüber dem Budget 2013 aber auch um 40 Millionen Franken tiefer. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf 40,5 %. Der Kanton gibt 70 % als langfristige Grösse an. Die Auswirkungen der Finanzkrise, der Regulierung und der Neuausrichtung in der Finanzbranche machen sich weiterhin bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen bemerkbar. Es werden 65 Millionen Franken weniger Einnahmen erwartet. Immerhin sollen die Steuereinnahmen der juristischen Personen im Vergleich zum Budget 2013 um 16 Millionen Franken steigen. Der Gesamtsteuerertrag ist auf einem Rekordniveau von über 2,5 Milliarden Franken. Das Budget 2014 steht in einem engen Zusammenhang mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dieser geht davon aus, dass 2016 ohne die im stadträtlichen Projekt 17/0 umschriebene Leistungsüberprüfung ein Bilanzfehlbetrag von 629 Millionen Franken resultieren wird. Das jährliche Defizit der Stadt weist mittlerweile teilweise strukturellen Charakter auf. Die RPK fordert den Stadtrat nachdrücklich auf, das Projekt 17/0 tatsächlich in Angriff zu nehmen und im Rahmen von 17/0 eine glaub-

würdige Verzichtsplannung durchzuführen. Weiter hat die RPK festgestellt, dass in den Bereichen Human Resources und Informatik Doppelspurigkeiten bestehen. Auch hier muss der Stadtrat Gegensteuer geben und eine Plafonierung ins Auge fassen. Zudem sind wir skeptisch, was die Budgetierung des Stadtrats in Bezug auf die Globalbudgets betrifft. Die RPK hat einige Anträge, auf die wir am Schluss der Debatte zurückkommen werden.

(Fraktionserklärungen siehe Protokoll-Nrn. 4565 – 4571)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Die finanzielle Lage der Stadt ist ernst, aber nicht katastrophal. Die Finanzpolitik soll die städtischen Leistungen sicherstellen, eine ausgeglichene Rechnung anstreben und das Eigenkapital gewährleisten. Zürich soll ein attraktiver Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort sein. Die Strategie des Stadtrats ist seit vielen Jahren erfolgreich. Wir haben eine hervorragende Infrastruktur, ausgezeichnete Bildungs- und Kulturangebote, eine sehr gute Umweltqualität, wir achten auf sozialen Ausgleich und Integration. Der Steuerfuss ist wichtig, aber nebenrangig. Die Stadt boomt nach wie vor. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben darf aber vor allem langfristig nicht zu weit auseinandergehen. Doch unser Eigenkapital erlaubt es uns, über mehrere Jahre hinweg Lösungen zu suchen. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden droht uns kein sofortiger Finanzfehlbetrag. Das Ziel ist, bis 2017 wieder eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen und einen Finanzfehlbetrag zu vermeiden. Dabei sind fünf Punkte zentral. Erstens: Jeder städtische Mitarbeitende muss täglich überprüfen, ob und wie eine Leistung erbracht werden muss und wie sie finanziert wird. Zweitens: Die Planungsvorgaben. Der Plafond wurde um 60 Millionen Franken gesenkt. Drittens: Betreffend der Leistungsüberprüfung haben wir klar kommuniziert, welche Bereiche überprüft werden sollen. Viertens: Bei den Steuereinnahmen ist zu hoffen, dass auch die Grossbanken in den nächsten Jahren über Gewinnsteuern einen Beitrag an die Infrastruktur leisten. Beim Steuerfuss bleibt die Stadt bei 119 %, während andere Gemeinden – auch bürgerlich dominierte – ihren Steuerfuss erhöhen müssen. Fünftens: Wir wehren uns gegen Einnahmehausfälle wie zum Beispiel aus der Unternehmenssteuerreform III oder Überwälzungen von neuen Belastungen von Bund und Kanton, so etwa im Gesundheitsbereich. Wir wollen aber keine Bilanzsanierung über das Gemeindegesetz. Kritisch sind die steigenden Ausgaben im Gesundheits- und Bildungswesen. Diese müssen gut verfolgt werden. Der hohe Investitionsplafond und die sinkende Eigenfinanzierung müssen sich ändern. Ebenfalls besorgniserregend sind der Ersatz von direkten Einnahmen durch Finanzausgleichsmechanismen und die unbekannteren Rahmenbedingungen im Bankenbereich. Wir sind aber gleichzeitig hervorragend positioniert und für zahlreiche Branchen attraktiv. Ich habe Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Privatwirtschaft und Vertrauen in die Effizienz des Staats. Die Chancen stehen gut, dass wir den budgetierten Betrag erreichen werden beziehungsweise nicht geplante Mehrausgaben vermieden werden können. So werden wir per Ende 2013 ein deutlich über 600 Millionen Franken liegendes Eigenkapital haben. Dieses wird auch per Ende 2014 noch klar über 400 Millionen Franken liegen.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Der Finanzvorstand ist der Meinung, dass wir über sehr viel Eigenkapital verfügen. Dieses ist aber 2015 weg, wenn es so weiter geht. Die Sozialdemokraten und die Grünen haben auf die Steuererträge der Banken gebaut, immer mehr bestellt und den Aufwand in die Höhe getrieben. 2002 betrug der Gesamtaufwand 6,4 Milliarden Franken, heute sind es 8,4 Milliarden Franken. 2002 hatte die Stadt 17 000 Vollstellenwerte, heute sind es 21 000. Die Strategie dazu ist nicht verantwortungsvoll. Die SVP hat immer wieder Postulate zu Stellenplafonierungen unterstützt. Aber der Verwaltungsapparat wird nach wie vor aufgebläht. Die Grünen monieren, einen Grossteil der Rechnung könne man nicht beeinflussen. Sie sind es aber, die diese Beiträge bestellen. Man kann dann im Nachhinein sagen, das Geld sei aufgrund eines Abstimmungsbeschlusses gebunden. So etwas ist nicht glaubwürdig. Der Finanzvorstand hat im Übrigen bereits indirekt gesagt, dass wir um Steuererhöhungen nicht mehr herumkommen, wenn es so weitergeht.

**Florian Utz (SP):** Die Stadt ist nicht pleite. Auch 2014 verfügt sie über ein Eigenkapital von einer knappen halben Milliarde Franken. Durch die Steuerausfälle der Grossbanken fehlen uns derzeit bis zu 400 Millionen Franken. Es kann nicht von einem strukturellen Defizit in der Höhe von 230 Millionen Franken gesprochen werden. Wir anerkennen, dass das Defizit hoch ist und nehmen dies ernst. Trotzdem können die vier wesentlichen Volksentscheide der letzten Jahre umgesetzt werden. Wir werden insbesondere den Kürzungsantrag zur Stiftung für preisgünstigen Wohnraum ablehnen. Der Antrag wird damit begründet, dass sich der Immobilienmarkt in Zürich entspannt habe. Die Antragsteller sehen das Problem nicht. Wir erkennen die relevanten Probleme und sind bereit, diese anzupacken, aber auch in anderen Bereichen selber Kürzungsanträge zu stellen oder diejenigen anderer Parteien mitzutragen. Die FDP will 113 Millionen Franken kürzen. Die Anträge dazu machen teilweise aber nur wenig Sinn. In gewissen Fällen wird beantragt, dass Projekte oder Stellen gestrichen werden, die gar nicht existieren. Die SP ist der Meinung, dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt werden müssen. Wir haben die nötigen Mittel.

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** Wachsende Bevölkerung braucht entsprechendes Personal und entsprechende Infrastruktur, wenn die Lebensqualität weiterhin hoch bleiben soll. Das Volk hat sich für einen Ausbau der Betreuung ausgesprochen. Sie ermöglicht Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Die Bürgerlichen wollen im städtischen Gesundheitswesen kürzen. Wenn wir aber bei Alters- und Pflegezentren kürzen und einen Personalausbau verhindern, würde das insbesondere die ältere Bevölkerung stark belasten. Wir haben aufgrund der diversen bürgerlichen Steuerentlastungen ein Problem bei den Einnahmen, nicht bei den Ausgaben. Es wäre auch nicht sinnvoll, wenn nachhaltige Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die ältere Bevölkerung nicht erhalten werden könnten. Gerade ältere Menschen in unserer Stadt brauchen Unterstützung, wenn sie zum Beispiel eine neue Wohnung suchen müssen. Auch die sogenannt vulnerablen Menschen in unserer Stadt brauchen eine gezielte Unterstützung in Einrichtungen. Damit können längere Krankheiten verhindert werden und die Menschen können unter Umständen vor

einer Abhängigkeit von Sozialleistungen bewahrt werden. Unser städtisches Gesundheitswesen ermöglicht eine nachhaltige, bedarfsgerechte und menschenfreundliche Behandlung und Unterstützung. Wir wollen unsere Ressourcen optimal für die Bevölkerung und das Personal einsetzen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderats verlängern mit diesem Budget eine massenhaft kultivierte Verzichtsverweigerung. Die Linken sollten endlich Verantwortung übernehmen. Doch ihr System ist ein anderes. Es geht um einen exzessiven Bedürfnisanspruch, eine kultivierte Gier von Menschen, die sich gewohnt sind, die hohle Hand zu machen. Dieser ideologische Staatsumbau kostet uns hunderte von Millionen Franken. Im Bildungswesen sind nicht die Lehrer zu teuer, sondern das therapeutische Personal und vor allem die Betreuung. Egoistisches Leben auf Pump macht weder Individuen glücklich, noch sorgt es für die Stabilität einer Gesellschaft oder einen langfristigen Wohlstand.

**Rebekka Wyler (SP):** Wir haben nicht nur bei uns, sondern europaweit Probleme auf der Einnahmeseite. Die Steuereinnahmen gehen zurück. Auf Bundesebene häufen sich Steuergeschenke für Grosskonzerne und ganz Reiche. Das führt auch in Zürich zu Steuerausfällen in Millionenhöhe. Neben Kürzungsanträgen will die SVP nun auch noch den Steuerfuss senken. Es geht der SVP nicht darum, etwas gegen real existierende Probleme zu unternehmen. Der Staat soll auf kommunaler, kantonaler sowie auf Bundesebene möglichst ausgehungert werden. Angestrebt wird ein Rückbau des Sozialstaats, ein Abbau bei der Kultur, bei den Schulhäusern, beim öffentlichen Verkehr. Wir sagen nicht nur Nein zu einem Grossteil der Kürzungsanträge. Wir sagen Nein zu dieser Haltung, die den Staat täglich frontal angreift – im Interesse einer kleinen Schicht von Besitzenden, die bereits heute vom Recht des Stärkeren profitieren. Sagen Sie Nein zu dieser Politik und Ja zum sozialen Ausgleich im Interesse von allen und nicht von Wenigen.

**Mauro Tuena (SVP):** Gemäss dem Finanzvorsteher geht es bei diesem Budget vor allem um die Sicherstellung von Leistungen. Das Budget enthält jedoch Punkte, die für niemanden in der Bevölkerung wünschbar oder nötig sind. Jedoch werden immer wieder Hintertürchen gefunden, um unnütze Projekte durchzubringen. Mit unseren Kürzungsanträgen wehren wir uns dagegen. Es mag sich um Detailanträge handeln, doch die Summe dieser kleinen Anträge macht den Unterschied.

**Roger Tognella (FDP):** Das Budget wird nicht zu einem massiven Sparbudget werden. Die FDP und die SVP haben aufgezeigt, dass es möglich ist, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, ohne dass auf dem Buckel des Personals gespart wird. Die CVP und die GLP haben bei vielen Angelegenheiten im Vorfeld signalisiert, dass sie Anträge mittragen werden. Die SP macht keine klare Aussage, dass sie sich zu einem stabilen Steuerfuss auch in den nächsten Jahren bekennt. Bisher wurde einzig der Wille zu erhöhten Ausgaben bekräftigt. Die SP unternimmt alles, um die Ausgaben auf dem aktuellen Niveau zu halten. Unserer Meinung nach hat der Stadtrat seine Arbeit nicht gut genug gemacht, sonst wäre das Budget ausgeglichen ausgefallen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die SP sagt, es bestünde kein Grund zur Panik. Wenn man den Budgetkürzungen der bürgerlichen Seite folgt, stimmen wir dieser Aussage zu. Doch der Finanzvorstand ist optimistisch, wenn er sagt, die Lage sei ernst. Unserer Meinung nach ist die Lage dramatisch. Es wurde gesagt, die Stadt habe zur Sicherstellung gewisse Substanz, die sie veräussern könnte. Das setzt aber voraus, dass diese Werte auch verkauft werden können. Weiter wurde gesagt, der Gemeinderat habe vieles bestimmt, das sich nun in den Ausgaben niederschlägt. Das verwundert bei einem rotgrünen Gemeinderat nicht. Stadtrat und Gemeinderat müssen bei den nächsten Wahlen in die andere Richtung umgepolt werden.

**Christoph Spiess (SD):** In den Fraktionserklärungen habe ich ganz neue Töne gehört. Offenbar sehen gewisse Personen neue Zusammenhänge. Doch die Fehlentscheidungen sind bereits unter dem Jahr gefallen. Alles ist bereits aufgegleist. Es wird exzessiv gebaut, die wirtschaftliche Tätigkeit wird aufgebläht und man heizt noch alles mit Standortmarketing an. Man muss dann weiteres Personal nach Zürich holen. Die Konsequenzen davon: Die Strassen und der öffentliche Verkehr sind überfüllt. Es müssen neue Schulen gebaut werden. Es entsteht ein riesiger Finanzbedarf. Doch damit nicht genug: Der Stadtrat will auch noch die Agglomeration vergrössern. Damit fördern wir eine Fehlentwicklung. Die Lasten trägt am Ende das Zentrum. Viele Gemeinden haben neue Infrastrukturen gebaut. Gute Steuerzahler sind gekommen, aber irgendwann wieder weitergezogen. Doch die Kosten bleiben, denn Infrastruktur muss unterhalten werden. Einnahmen aber fallen zum Teil weg. Der Wachstumsfimmel muss endlich ein Ende haben. Dann laufen auch die Finanzen nicht weiter aus dem Ruder.

**Roger Liebi (SVP):** Die Linken treiben die Schulden jedes Jahr höher und haben den Überblick verloren. Eine Bemerkung zum Wachstum und zur Zuwanderung: Im Vergleich zu 2010 hat die Steuerkraft im Jahr 2012 um 13 % abgenommen. Diese Abnahme ist massiv. Die Zuwanderung bringt demnach nicht mehr Steuern oder mehr Wirtschaftswachstum. Zu den Einsparungen schrieb der Stadtrat, dass sich in den vergangenen Jahren gezeigt habe, dass im Laufe der Budgetierung das Ergebnis gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan um 200 Millionen Franken verbessert werden konnte. Dies war im Budget 2014 nicht mehr möglich. Zudem wird sich auch in der laufenden Rechnung 2013 die Annahme höherer Steuererträge als zu optimistisch erweisen. Die Luft auf der Ausgabenseite ist draussen. Der Stadtrat stellt sogar auf Bussen ab, um seine Rechnung ausgeglichen gestalten zu können. Er hat die städtischen Finanzen nicht mehr im Griff. Er kann die Ausgaben nicht mehr selber steuern. Die linken Parteien sollten endlich beginnen, sich darüber zu sorgen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die SP soll endlich die Konsequenzen für ihr Handeln tragen. Es werden Dienstleistungen Dritter und ein Heer von Kulturempfängern und 21 000 Mitarbeitenden aufrechterhalten, die alle die hohle Hand machen. Die SP muss Verantwortung übernehmen.

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 2,46 Millionen Franken. Es wird immer wieder gesagt, was Zürich für eine tolle Stadt sei. Das merken die Leute sicher auch selber. Es geht auch mit etwas weniger Öffentlichkeitsarbeit. Die Budgetrückweisung für das Budget 2011 hatte keine negativen Auswirkungen auf die Stadt. Die Kürzung ist zudem sehr moderat. Im Jahr 2011 wurden für die Fachstelle für Gleichstellung 14 000 Franken ausgegeben. Die Fachstelle existiert immer noch. Nun erhält sie sogar 21 000 Franken. Das Bevölkerungsamt durfte 2011 in der Öffentlichkeitsarbeit 3700 Franken ausgeben. Auch dieses Amt existiert immer noch, und die Bevölkerung nimmt nach wie vor zu. Beim Umwelt- und Gesundheitsschutz kam man 2011 mit 376 000 Franken aus, nun wären es sogar 489 000 Franken. Beim Tiefbauamt wird mit ideologischen Grundsätzen generell zu viel ausgegeben. Die Stadt geht nicht unter, wenn wir diesen Betrag kürzen. Im Gegenteil: Es würden sich wohl alle auf eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK lehnt die tabellarischen Anträge auf den Konti 3107, 3170, 3182 und 3186 ab. Wir erachten die Saldokürzungen um 10 bis 30 % als massiv und nicht angebracht. Den Situationen in den einzelnen Dienstabteilungen wird nicht Rechnung getragen, wenn überall der gleiche Prozentanteil gekürzt wird. Zudem fehlt bei den Kürzungen eine nähere Begründung.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	3107 0000	Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 460 800		-2 460 800	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

<b>3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	8 000		2 400	5 600
1015	Stadtrat	7 500		2 300	5 200
1020	Stadtkanzlei	10 000		3 000	7 000
1080	Friedensrichterämter	1 400		400	1 000
1505	Stadtentwicklung	75 000		22 500	52 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	30 000		9 000	21 000
1530	Bevölkerungsamt	17 000		5 100	11 900
1560	Statistik Stadt Zürich	25 000		7 500	17 500
2500	PD Zentrale Verwaltung	4 900		1 500	3 400
2520	Stadtpolizei	567 000		170 100	396 900
2550	Schutz und Rettung	45 000		13 500	31 500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	60 900		18 300	42 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	699 700		209 900	489 800
3515	Tiefbauamt	1 262 000	- 300 000	288 600	673 400
3535	ERZ, Abwasser	200 000		60 000	140 000
3550	ERZ, Abfall	390 500		117 200	273 300
3555	ERZ, Fernwärme	98 000		29 400	68 600
3560	ERZ, Stadtreinigung	125 800		37 700	88 100
4500	DIB Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
4540	Verkehrsbetriebe	4 503 200		1 351 000	3 152 200
5000	SSD Zentrale Verwaltung	20 200		6 100	14 100
5010	Schulamt	19 000		5 700	13 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	60 000		18 000	42 000
5050	Schulgesundheitsdienste	54 500		16 400	38 100
5063	Fachschule Viventa	145 000		43 500	101 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	7 500		2 300	5 200
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	15 000		4 500	10 500
5550	Soziale Dienste	20 000		6 000	14 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	19 600		5 900	13 700
	<b>Total</b>	<b>8 501 700</b>	<b>- 300 000</b>	<b>2 460 800</b>	<b>5 740 900</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 20 % bei Reise- und Spesenent-  
schädigungen des Personals. 2011 war dies auch möglich. Die Stadt nahm keinen  
Schaden. Mit dieser Kürzung können wir einen Beitrag zur Sanierung der Finanzen leis-  
ten.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3170 0000</b>	<b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wylér (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		1 467 100		-1 467 100	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

<b>3170 0000 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>					
Lineare Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	3 000		600	2 400
1005	Gemeinderat	32 800		6 600	26 200
1007	Finanzkontrolle	17 000		3 400	13 600
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	1 000		200	800
1015	Stadtrat	17 000		3 400	13 600
1020	Stadtkanzlei	41 400		8 300	33 100
1025	Rechtskonsulent	21 000		4 200	16 800
1035	Datenschutzbeauftragte/r	3 500		700	2 800
1070	Betreibungsämter	89 000		17 800	71 200
1080	Friedensrichterämter	1 000		200	800
1500	PRD Zentrale Verwaltung	25 000		5 000	20 000
1501	Kultur	100 500		20 100	80 400
1505	Stadtentwicklung	70 000		14 000	56 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	9 500		1 900	7 600
1530	Bevölkerungsamt	50 000		10 000	40 000
1560	Statistik Stadt Zürich	20 000		4 000	16 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	15 000		3 000	12 000
1565	Stadtarchiv	15 000		3 000	12 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	40 000		8 000	32 000
2015	Finanzverwaltung	24 000		4 800	19 200
2016	Kompetenzzentrum RVZ	4 200		800	3 400
2021	Liegenschaftenverwaltung	130 000		26 000	104 000
2025	Restaurants	3 000		600	2 400
2027	Gewerbe-Immobilien	1 000		200	800
2050	Human Resources Management	93 200		18 600	74 600
2051	Stadtweites Case Management	21 000		4 200	16 800

9 / 19

2052	Optimaler Berufseinstieg	1 000	200	800
2080	Organisation und Informatik	325 000	65 000	260 000
2500	PD Zentrale Verwaltung	38 200	7 600	30 600
2506	Blaue Zonen	5 900	1 200	4 700
2520	Stadtpolizei	1 775 000	355 000	1 420 000
2525	Stadtrichteramt	22 000	4 400	17 600
2550	Schutz und Rettung	475 000	95 000	380 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	60 000	12 000	48 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	35 000	7 000	28 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	96 000	19 200	76 800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	128 500	25 700	102 800
3500	TED Zentrale Verwaltung	30 000	6 000	24 000
3515	Tiefbauamt	362 300	72 500	289 800
3535	ERZ, Abwasser	265 000	53 000	212 000
3550	ERZ, Abfall	293 500	58 700	234 800
3555	ERZ, Fernwärme	25 500	5 100	20 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	41 700	8 300	33 400
4000	HBD Zentrale Verwaltung	84 000	16 800	67 200
4015	Amt für Städtebau	70 000	14 000	56 000
4020	Amt für Hochbauten	180 000	36 000	144 000
4035	Amt für Baubewilligungen	64 000	12 800	51 200
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	289 000	57 800	231 200
4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000	5 000	20 000
4525	Wasserversorgung	125 000	25 000	100 000
4540	Verkehrsbetriebe	335 400	67 100	268 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	48 200	9 600	38 600
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	5 000	1 000	4 000
5010	Schulamt	467 900	93 600	374 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 700	6 500	26 200
5050	Schulgesundheitsdienste	71 700	14 300	57 400
5063	Fachschule Viventa	24 500	4 900	19 600
5500	SD Zentrale Verwaltung	51 000	10 200	40 800
5510	Support Sozialdepartement	32 000	6 400	25 600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	18 000	3 600	14 400
5520	Laufbahnzentrum	50 000	10 000	40 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	98 000	19 600	78 400
5550	Soziale Dienste	285 000	57 000	228 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	152 100	30 400	121 700
	<b>Total</b>	<b>7 336 200</b>	<b>1 467 100</b>	<b>5 869 100</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen zu.

---

10 / 19

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Entschädigungen für die Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter sind nicht in diesem Ausmass notwendig. Auf diverse Projekte kann verzichtet werden. Wir beantragen eine Saldokürzung um 10 %.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3182 0000</b>	<b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		4 450 400		-4 450 400	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 10 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

<b>3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>					
Lineare Kürzung um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2016	Kompetenzzentrum RVZ	65 000		6 500	58 500
2022	Wohnliegenschaften	1 471 000		147 100	1 323 900
2025	Restaurants	1 130 000		113 000	1 017 000
2026	Bauland- u. Landes. nicht Stadt	5 000 000		500 000	4 500 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 255 000		225 500	2 029 500
2028	Liegenschaften Verwaltungsverm.	1 600 000		160 000	1 440 000
2031	Wohnsiedlungen	7 957 000	-3 000 000	495 700	4 461 300
2032	Parkhäuser	200 000		20 000	180 000
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2520	Stadtpolizei	380 000		38 000	342 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	610 000		61 000	549 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	200 000		20 000	180 000
3515	Tiefbauamt	6 104 800		610 500	5 494 300
3535	ERZ, Abwasser	1 205 000		120 500	1 084 500
3550	ERZ, Abfall	1 460 000		146 000	1 314 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 060 000		306 000	2 754 000
4020	Amt für Hochbauten	450 000		45 000	405 000

11 / 19

4040	Immobilien-Bewirtschaftung	13 161 000		1 316 100	11 844 900
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000		2 000	18 000
4540	Verkehrsbetriebe	1 150 000		115 000	1 035 000
	<b>Total</b>	<b>47 503 800</b>	<b>-3 000 000</b>	<b>4 450 400</b>	<b>40 053 400</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Projektbegleitung und die Dienstleistungen Dritter sind vielen Parteien ein Dorn im Auge. Will man keine Schulden machen, muss man auf nicht zwangsläufig notwendige Projekte verzichten können. Bei einer guten Verzichtsplanung sind die einen oder anderen Dienstleistungen Dritter nicht mehr nötig. Wir empfehlen eine Saldokürzung um 30 %. Das entspricht einem Betrag von 2,6 Millionen Franken.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3186 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 625 600		-2 625 600	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

<b>3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	10 000		3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	70 000		21 000	49 000
1560	Statistik Stadt Zürich	60 000		18 000	42 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	110 000		33 000	77 000

2015	Finanzverwaltung	200 000	60 000	140 000
2050	Human Resources Management	356 900	107 100	249 800
2051	Stadtweites Case Management	20 000	6 000	14 000
2080	Organisation und Informatik	2 816 000	844 800	1 971 200
2500	PD Zentrale Verwaltung	77 700	23 300	54 400
2520	Stadtpolizei	145 000	43 500	101 500
2550	Schutz und Rettung	160 000	48 000	112 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	100 000	30 000	70 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	268 500	80 600	187 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	8 400	2 500	5 900
3515	Tiefbauamt	1 600 000	480 000	1 120 000
3535	ERZ, Abwasser	37 500	11 300	26 200
3550	ERZ, Abfall	347 500	104 300	243 200
3555	ERZ, Fernwärme	18 500	5 600	12 900
3560	ERZ, Stadtreinigung	14 000	4 200	9 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	45 000	13 500	31 500
4015	Amt für Städtebau	113 000	33 900	79 100
4020	Amt für Hochbauten	100 000	30 000	70 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	345 000	103 500	241 500
4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000	7 500	17 500
4525	Wasserversorgung	75 000	22 500	52 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	65 400	19 600	45 800
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	20 000	6 000	14 000
5010	Schulamt	803 500	241 100	562 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	15 000	4 500	10 500
5050	Schulgesundheitsdienste	106 000	31 800	74 200
5063	Fachschule Viventa	15 000	4 500	10 500
5510	Support Sozialdepartement	30 000	9 000	21 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	200 000	60 000	140 000
5520	Laufbahnenzentrum	63 300	19 000	44 300
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	50 000	15 000	35 000
5550	Soziale Dienste	200 000	60 000	140 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	60 000	18 000	42 000
	<b>Total</b>	<b>8 751 200</b>	<b>2 625 600</b>	<b>6 125 600</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 36 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 005. und 006. (Postulat 2013/420)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL)** begründet die Anträge 005. und 006. (Postulat 2013/420): Die Mehrheit der RPK schlägt vor, die Ausgaben der Organisation und Informatik Zürich (OIZ) und der Dienstabteilungen in den diversen IT-Konten von 236 auf 230 Millionen Franken zu reduzieren. Das wäre ein sinnvoller Einstieg in die Plafonierung der IT-Ausgaben. Es handelt sich um einzelne Kürzungsanträge bei der OIZ beim Konto Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter und bei fünf Dienstabteilungen mit sehr grossen Ausgaben. Die IT-

*Verantwortlichen sollen durch eine Priorisierung der Projekte und eine Rückstellung definieren, wo gestrichen werden soll und mit den Zusatzkrediten entsprechend nötige Budgetübertragungen beantragen. Der Stadtrat hat sich bereits bereit erklärt, das dazugehörige Postulat entgegenzunehmen.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit der RPK beantragt bei den Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter eine Kürzung um 10 Millionen Franken. Mit der Zentralisierung im IT-Bereich sollten wir genügend eigene Ressourcen haben.

S. -	<b>10</b> <b>3189 0000</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>005.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			
		10 060 800		-10 060 800	Minderheit
		6 000 000		-6 000 000	Mehrheit
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Begründung: FDP/SVP: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle AL/SP/Grüne/GLP: Der IT-Aufwand (Budget) ist bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets auf 230 Millionen gemäss Liste OIZ zu plafonieren. Die Kürzung des IT-Aufwands um 2,5 Prozent (6 von 236 Millionen) wird auf fünf Konten Entschädigungen IT-Leistungen Dritter vorgenommen. Nach der verwaltungsinternen Definition der Projekte, die gestrichen bzw. verschoben werden, sind den zuständigen Instanzen Budgetübertragungen zu beantragen.

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				(Antrag FDP/ SVP)	
Lineare Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	40 000		8 000	32 000
1005	Gemeinderat	156 000		31 200	124 800
1007	Finanzkontrolle	5 000		1 000	4 000
1020	Stadtkanzlei	1 160 000		232 000	928 000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	42 700		8 500	34 200
1070	Betreibungsämter	12 800		2 600	10 200
1080	Friedensrichterämter	12 900		2 600	10 300
1500	PRD Zentrale Verwaltung	23 000		4 600	18 400
1501	Kultur	301 000		60 200	240 800
1505	Stadtentwicklung	10 000		2 000	8 000

1530	Bevölkerungsamt	5 000	1 000	4 000
1560	Statistik Stadt Zürich	500 000	100 000	400 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	5 000	1 000	4 000
1565	Stadtarchiv	140 000	28 000	112 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	22 000	4 400	17 600
2015	Finanzverwaltung	95 000	19 000	76 000
2016	Kompetenzzentrum RVZ	20 000	4 000	16 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	690 000	138 000	552 000
2050	Human Resources Management	366 800	73 400	293 400
2051	Stadtweites Case Management	10 000	2 000	8 000
2080	Organisation und Informatik	27 256 900	5 451 400	21 805 500
2506	Blaue Zonen	335 000	67 000	268 000
2520	Stadtpolizei	2 150 000	430 000	1 720 000
2525	Stadtrichteramt	300 000	60 000	240 000
2550	Schutz und Rettung	884 300	176 900	707 400
2555	Dienstabteilung Verkehr	290 000	58 000	232 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	80 000	16 000	64 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	150 000	30 000	120 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	92 000	18 400	73 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	4 000	800	3 200
3515	Tiefbauamt	500 000	100 000	400 000
3535	ERZ, Abwasser	1 348 000	269 600	1 078 400
3550	ERZ, Abfall	1 141 000	228 200	912 800
3555	ERZ, Fernwärme	340 000	68 000	272 000
3560	ERZ, Stadtreinigung	345 000	69 000	276 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000	200 800	803 200
4015	Amt für Städtebau	379 000	75 800	303 200
4540	Verkehrsbetriebe	684 200	136 800	547 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900	601 200	2 404 700
5010	Schulamt	495 000	99 000	396 000
5050	Schulgesundheitsdienste	2 000	400	1 600
5510	Support Sozialdepartement	2 300 000	460 000	1 840 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000	590 000	2 360 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	650 000	130 000	520 000
	<b>Total</b>	<b>50 303 500</b>	<b>10 060 800</b>	<b>40 242 700</b>

<b>3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		<b>(Antrag AL/SP/Grüne/GLP)</b>			
<b>Institu- tion</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Budget bisher</b>	<b>November- brief</b>	<b>Ver- besserung</b>	<b>Budget neu</b>
2080	Organisation und Informatik	27 256 900		3 000 000	24 256 900
2520	Stadtpolizei	2 150 000		750 000	1 400 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000		500 000	504 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900		1 250 000	1 755 900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000		500 000	2 450 000
	<b>Total</b>	<b>36 366 800</b>		<b>6 000 000</b>	<b>30 366 800</b>

15 / 19

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat (gemäss Budgetentwurf 2014)		0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-6 000 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit	(-10 060 800)	<u>54 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

---

<b>BEHÖRDEN- UND GESAMTVERWALTUNG</b>
---------------------------------------

Antrag 007.

S. 97	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1005</b>	<b>Gemeinderat</b>			
	<b>3189 0000</b>	<b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>007.</b>	Antrag Stadtrat			156 000	
		100 000		56 000	Zustimmung
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht auf Rückfragen-Tool RPK

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Bartholdi (SVP):** *Es ist wichtig, dass der Gemeinderat auch auf seine eigenen Finanzen achtet. Wir sind nicht gegen die Durchführung des Gemeinderats-Präsidentenempfangs. Wir sind aber der Meinung, dass der Betrag von 10 000 Franken für 125 Personen sehr grosszügig bemessen ist. Natürlich werden auch weitere Personen oder Organisationen eingeladen. 10 000 Franken sollten aber genügen, um das Fest in gewohntem Rahmen durchführen zu können.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die Mehrheit der RPK ist auch dieses Jahr davon überzeugt, dass der städtische Beitrag gerechtfertigt und sinnvoll ist.*

S. 97	<b>10</b> <b>1005</b> <b>3194 0101</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gemeinderat</b> <b>Gemeinderats-Präsidentenempfang im Quartier</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>008.</b>	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			10 000		10 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Halber Betrag muss angesichts der Finanzlage reichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

---



Antrag 009.

S. 98	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>				
	<b>1007</b>	<b>Finanzkontrolle</b>				
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>009.</b>	Antrag Stadtrat				50 000	
			25 000		25 000	Zustimmung

Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht auf Reservenbudgetierung

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der bisherige Beitrag genügen sollte und beantragt eine Kürzung von 65 000 Franken. Weitere Kürzungen beim Freien Kredit schiessen unserer Meinung nach über das Ziel hinaus.

**Walter Angst (AL):** Beim Freien Kredit ist eine deutlich höhere Kürzung als 65 000 Franken notwendig. Wir beantragen eine Kürzung von 200 000 Franken.

**Monika Erfigen (SVP):** Die SVP beantragt die Streichung des gesamten Kredits. Bei einem 8 - Milliarden-Franken-Budget sollten Krankkosten bei Todesfällen von bedeutenden Persönlichkeiten, Fachliteratur und Kleinanschaffungen für das Büro oder Empfänge, regelmässig wiederkehrende Feiern und Ehrungen auch ordentlich budgetiert werden können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Freie Kredit vom Stadtrat auch missbraucht wurde. Es wurden zu bereits im Budget eingestellten Subventionsbeiträgen zusätzlich Institutionen und Anlässe mit Beiträgen unterstützt. Der Freie Kredit ist an sich nur schwer plan- und steuerbar. Wenn der Stadtrat aber im Voraus nicht einmal weiss, was er mit dem Budgetkredit machen will, sind wir der Meinung, dass er das viele Geld auch nicht dringend benötigt.

18 / 19

S. 102	<b>10</b> <b>1015</b> <b>3194 0000</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
		<b>Stadtrat</b>			
		<b>Freier Kredit</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>010.</b>	Antrag Stadtrat			700 000	
		65 000		635 000	Mehrheit
		200 000		500 000	Minderheit 1
		700 000		0	Minderheit 2
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: SVP: Nicht transparentes Konto und angesichts der Finanzlage nicht zwingend; SP/Grüne: Alter Betrag ausreichend; GLP/FDP/AL: Verzicht angesichts der Finanzlage			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(700 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des Stadtrats ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>

19 / 19

Total	125 Stimmen
= absolutes Mehr	63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 71 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 199, Protokoll-Nr. 4564/2013).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat